

Protokoll über die Sitzung Schulausschuss der Stadt Wilhelmshaven am Donnerstag, 17. November 2016, 15:00 Uhr, Aula Grundschule Stadtmitte , Nr. 6/2016

### **Mitglied SPD-Fraktion**

Ausschussmitglied Gesche Marxfeld  
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

### **Mitglied Gruppe CDU/WBV**

Ausschussmitglied Katja Breuer  
Ausschussmitglied Martin Ehlers  
Ausschussmitglied Helmut Möhle

### **Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial**

Stellv. Ausschussvorsitzender Georg Berner-Waindok  
Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

### **Mitglied AfD-Fraktion**

Ausschussmitglied Alfred Klinke-Mibert

### **Mitglied FDP-Fraktion**

Beigeordneter Michael von Teichman

### **Lehrerververtretung der allgemeinbildenden Schulen**

Stimmberechtigte Sachverständige Coletta Theiß-Wessels

### **Lehrerververtretung der Berufsbildenden Schulen**

Stimmberechtigte Sachverständige Gabriele Runge

### **Arbeitnehmersvertreter**

Stimmberechtigter Sachverständiger Dieter Meisel

### **Gäste**

Stadtelternrat Martin Burkhart  
Stadtelternrat Frank Hansmann

### **Gastgebende Grundschule Stadtmitte**

Schulleiter Marcel König

Kollegiale Schulleitung Romy Appelt, Torben Diekmann  
Lehrerin Renate Sopp-Dreyer

## Verwaltung

Herr Feist  
Herr Mertens  
Herr Hofmann

## A Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Förmliche Verpflichtung der sachverständigen Ausschussmitglieder gem. § 60 NKomVG sowie Pflichtenbelehrung gem. § 43 NKomVG und Belehrung über die Wahrnehmung des Steuergeheimnisses sowie Worterteilung an den Stadtelternrat
- 4 Informationen durch die Grundschule Stadtmitte
- 5 Vorlagen an den Rat
- 5.1 Haushalt 2017/18 - Teilhaushalt Fachbereich Bildung und Sport und Informationen zur Arbeit des Schulausschusses
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Zukünftige Themen im Schulausschuss
- 6.2 Ganztagesgrundschule Stadtmitte (1. Lesung)
- 6.3 Unterrichtsversorgung
- 6.4 Verkehrssituation an den Schulen

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Weinstock**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend teilte Sie mit, müsse man auch mit Blick auf die Zuwanderung die Entwicklung der Schülerzahlen im Auge behalten und die Lehrpersonalversorgung sei ein ganz wichtiges Thema für den Schulausschuss.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

**Frau Weinstock** bat um Änderung der Tagesordnung, da sich zunächst die Grundschule Stadtmitte vorstellen solle. Hinzu solle die Vorstellung des Teilhaushaltes Bildung und Sport sowie die Darstellung der Aufgaben des Schulausschusses aufeinander folgen. Einstimmig wurde die Tagesordnung mit dieser Änderung genehmigt.

Für die kommenden Sitzungen, forderte **Herr Möhle**, müsse das Thema SuPrA-Klasse und die Lehrpersonalversorgung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Letzteres fand Unterstützung durch **Herrn Meisel**, der hierbei auch die Berufsbildenden Schulen beachtet wissen will.

Anschließend erfolgte eine Vorstellung aller anwesenden Ausschussmitglieder, Vorstandsmitglieder des Stadtelternrates und Vertreter der Verwaltung.

- 3 Förmliche Verpflichtung der sachverständigen Ausschussmitglieder gemäß § 60 NKomVG sowie Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG und Belehrung über die Wahrnehmung des Steuergeheimnisses sowie Worterteilung an den Stadtelternrat

**Frau Weinstock** verpflichtete die heute anwesenden neuen Mitglieder des Schulausschusses - **Frau Runge, Frau Theiß-Wessels** und **Herr Meisel** - nach § 60 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) per Handschlag und belehrte sie über ihre Pflichten, insbesondere über die Pflichten aus §§ 40 – 42 NKomVG und aus § 30 Abgabenordnung.

Anschließend informierte **Frau Weinstock** über den noch ausstehenden Ratsbeschluss zur Mitgliedschaft des Stadtelternrates im Schulausschuss und regte an, den heute anwesenden Mitgliedern des Stadtelternrates – **Herr Burkhardt** und **Herr Hansmann** - für den weiteren Verlauf der Sitzung das Wort zu erteilen. Hierzu wurde mit allen anwesenden Ausschussmitgliedern das Einvernehmen hergestellt.

- 4 Informationen durch die Grundschule Stadtmitte

**Frau Appelt, Herr König** und **Herr Diekmann** stellten die Grundschule Stadtmitte vor. **Herr König** zeigte sich zunächst dankbar, dass man in dieses für eine Grundschule sehr gut geeignete Gebäude einziehen konnte. Dieser Standortvorteil habe sogar schon dazu geführt, zuvor freie Lehrerstellen besetzen zu können. Bei einem Rückblick auf die Zusammenlegung der Grundschulen Peterstraße und Siebethsburg würdigte er das hohe Engagement aller Beteiligten.

**Herr König** erklärte die kollegiale Schulleitung in Person von Frau Appelt, Herrn Diekmann und ihm selbst. Jeder könne damit in einem noch höheren Maße auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern eingehen und sich in die Schule einbringen, was zur Steigerung der Arbeitsqualität führe. Das Lehrerkollegium bestehe aus insgesamt 22 Lehrkräften und zwei Förderlehrkräften.

Nach einvernehmlicher Worterteilung durch **Frau Weinstock** berichtete **Frau Sopp-Dreyer**, Lehrkraft an der Grundschule Stadtmitte, aus der Praxis der Sprachlernklassen. So gab sie an, dass die Sprachlernklassen mit 35 Kindern in vier Gruppen eingeteilt wurde. Eine Gruppe (elf SchülerInnen) besitze noch gar keine deutschen Sprachkenntnisse, eine weitere Gruppe (ebenso elf SchülerInnen) sei in der Lage, kurze Sätze zu bilden.

Auf Nachfragen von **Herrn Dr. von Teichman** und **Frau Theiß-Wessels**, teilte **Herr König** mit, dass in Zusammenarbeit mit der Polizei die Kinder ihre Schulwege einüben konnten und verwies auf die Verkehrshelfer, die morgens den Verkehr an der Schule regelten. Es gäbe bislang hierzu keine Elternbeschwerden.

**Herr Möhle** fragte nach, ob die Kapazitäten im Nautimo für den Schulschwimm-

sport ausreichen. **Herr Diekmann** verwies auf (abzüglich der Wegezeit) 35 Minuten Schwimmunterricht und die Ferienkurse im Nautimo.

**Herr Ehlers** erkundigte sich, ob die Schule zufrieden mit der Ausstattung für den Musikunterricht sei. **Frau Appelt** teilte mit, dass die Ausstattung grundsätzlich gut sei und die Aula für den Musikunterricht genutzt werde. **Herr König** ergänzte, dass Musik ein Schwerpunkt des Ganztagesbetriebes werden solle.

Auf die Anlage „Vorstellung Grundschule Stadtmitte“ wird verwiesen.

## 5 Vorlagen an den Rat

### 5.1 Haushalt 2017/18 - Teilhaushalt Fachbereich Bildung und Sport - und Informationen zur Arbeit des Schulausschusses

**Herr Feist** erläuterte den Inhalt des Teilhaushaltes Bildung und Sport 2017/18. Mit Hinweis auf die erfolgten Schulumzüge und Schulaufhebungen gab er an, dass nun alle Standorte bestandssicher seien. Dabei verwies er auf die Schulentwicklungsplanung, die nicht das Ziel habe, Geld zu sparen, sondern zukunftsichere Strukturen und attraktive Schulstandorte zu schaffen. Anschließend erklärte er die aktuelle Schullandschaft in Wilhelmshaven und schilderte die vergangenen Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung. Im Rahmen der Schülerzahlen verwies **Herr Feist** auf die Zuwanderung, aus der zzt. die Beschulung von 430 Flüchtlingskindern resultiere. In diesem Zusammenhang dankte er allen Schulbeteiligten für die damit verbundene Leistung. Offen aus der Schulentwicklungsplanung seien zzt. noch Baumaßnahmen an den Oberschulen Stadtmitte und Marion-Dönhoff-Schule. Die Zuwanderung führe an den Oberschulen zu schwierigen Raumsituationen, jedoch werde mit den Schulleitungen gemeinsam Lösungen erarbeitet, welche bis zur ersten Sitzung 2017 im Schulausschuss vorgestellt werden.

**Herr Feist** gab anschließend umfangreich Informationen zur Arbeit des Schulausschusses mit den Vorbereitungen für die Grundsatzentscheidungen des Rates. Zunächst führte er dabei die Zuständigkeiten des Schulausschusses auf. Hinzu nahm er eine Abgrenzung zu den Aufgaben anderer Ausschüsse vor und nannte dabei mit dem Thema Reinigung an Schulen einen Aspekt, der zwar immer wieder im Schulausschuss besprochen werde, aber im BGGs entschieden werde.

Hinzu verwies **Herr Feist** auf die Zuständigkeit des Landes für das Lehrpersonal. Auf Nachfrage von **Herrn Seidel** bestätigte **Herr Feist**, dass bei den Stellen von Schulleitungen der Schulträger von der Landesschulbehörde beteiligt werde.

**Herr Feist** erklärte, dass umfangreiche Baumaßnahmen detailliert im Schulausschuss vorgestellt werden, wies aber auch hierzu auf die Zuständigkeit des BGGs hin. **Frau Weinstock** gab an, dass die Zusammenarbeit mit dem BGGs von großer Wichtigkeit sei.

Folgende Perspektivthemen nannte **Herr Feist**: Campus BBS, Abschluss der Baumaßnahmen an den Oberschule Stadtmitte, Bauunterhaltung an allen Standorten, Ganztags, Schulhofgestaltung, Namensgebung, Inklusion, Integration der Migranten.

**Herr von Teichman** fragte, ob das Schulbudget ausreiche. **Herr Mertens** erklärte, dass 420.000,-- € nach einem Schlüssel auf alle Schulen verteilt werden. **Herr König** gab an, mit diesen Mitteln könne die Schule durchaus gut bewirtschaftet werden.

**Herr von Teichman** erkundigte sich nach dem Verfahren zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Hierzu führte **Herr Feist** zum Haushaltsentwurf 2017/18 des Jugendhilfe-Etats aus. Dort seien inzwischen über 1.000.000,-- € eingestellt. Darin befinde sich ein hoher Anteil für die Lernförderung, Hausaufgabengruppen, Zuschüsse für Mittagessen und Klassenfahrten. Er bot an, die präzisen Informationen hierzu als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen (auf die Anlage „BuT-Zahlen 2015\_2016“ wird verwiesen). **Herr König** hob hervor, dass mit den BuT-Anträgen ein hoher Verwaltungsaufwand für die Eltern einhergehe. Die Teilhabe sei sehr wichtig, u. a. um den Kindern die Teilnahme an Klassenfahrten und die Lernförderung zu ermöglichen. **Frau Theiß-Wessels** verwies auf den Schulsozialarbeiter der Grundschule Rheinstraße, der die Eltern bei den BuT-Anträgen unterstütze. **Herr Feist** verwies auf die Zuständigkeit für BuT bei Job-Center und Stadt und das nur eine Seite umfassende städtische Formular.

**Herr Burkhardt** forderte zum Thema Schulhofgestaltung auf, dass Ergebnisse vorgestellt werden, damit sich die Politik bzw. der Schulausschuss hierzu weitere Gedanken machen könne. **Frau Weinstock** will dieses Thema in den nächsten Sitzungen des Schulausschusses erörtern. **Herr Feist** verwies auf die aktuellen Gespräche zwischen GGS, TBW und dem Fachbereich Bildung und Sport.

Auf die Anlage „Schulausschuss\_171116“ und den bereits zur Verfügung stehenden Doppelhaushalt 2017/18 wird verwiesen.

Abschließend bat die Vorsitzende, **Frau Weinstock**, zur Abstimmung über den Haushalt 2017/18 - Teilhaushalt Fachbereich Bildung und Sport.

### **Beschluss:**

Die Vorlage Haushalt 2017/18 - Teilhaushalt Fachbereich Bildung und Sport – wurde bei drei Enthaltungen einstimmig angenommen.

## 6 Mitteilungen und Anfragen

### 6.1 Zukünftige/allgemeine Themen im Schulausschuss

**Herr von Teichman** regte an, dass sich der Schulausschuss mit dem Programm aus 2011 „Jedes Kind erhält einen Schulabschluss“ wieder beschäftigt. Für die betroffenen Menschen sei dies sehr wichtig, hinzu müssen die finanziellen Auswirkungen beachtet werden. **Herr Möhle** stimmte zu und wies auf die SuPrA-Klasse an der Oberschule Sande sowie die letzte Sitzung des Sozialausschusses hin, in dem eine insgesamt gute Schulabschlussquote genannt wurde. Zuzüge von Menschen ohne Schulabschluss seien hierbei aber auch zu berücksichtigen.

Durch **Herrn von Teichman** wurden als weitere zukünftige Themen die Bildungsregion/Bildungslandschaft und die Transferagentur genannt. Er regte an, sich die damit verbundenen Inhalte im Schulausschuss vorstellen zu lassen.

**Herr Ehlers** fragte an, ob man über eine Änderung der Schulbezirke für bestimmte Schüler eine homogenere Verteilung im Grundschulbereich erreichen könne, um die hochbelasteten Schulstandorte zu entlasten. Hinzu gab er an, sei die Sporthallennutzung für einige Schulen nur über die Beförderung zu den Hallen möglich und erkundigte er sich nach Verbesserungsmöglichkeiten.

**Herr Feist** verwies in Bezug auf die Verteilung der Flüchtlingskinder an den Grundschulen auf das Nord-Süd-Gefälle auf die Möglichkeiten der Wohnungsversorgung hin. Eine wohn- bzw. sozialraumnahe Beschulung sei für die Kinder wichtig. Über die Migrationsberatung werde bei der Wohnungssuche eine Steuerung versucht. **Herr Mertens** gab an, dass für einzelne Personengruppen rechtlich bedingt keine gesonderten Schulbezirke gebildet werden können.

Zur Sporthallennutzung führte **Herr Feist** aus, dass auf Grund der nicht an jedem Schulstandort vorhandenen Sporthallen für einige Schulen die Beförderung zu Sporthallen nötig sei. Grundsätzlich seien natürlich Sporthallenneubauten möglich, mit Blick auf die Haushaltssituation ergreife hierzu die Verwaltung keine Initiative.

**Herr Burkhart** erklärte die aktuelle Situation des Stadtelterrates. Zzt. könne der Stadtelterrat nur mit einem Mitglied der allgemeinbildenden Schulen im Schulausschuss vertreten sein, da bislang kein Vorschlag aus der Elternschaft der Berufsbildenden Schulen erfolgt sei. **Herr Burkhart** wies auf den noch folgenden Antrag an den Rat hin, eine zweite Mitgliedschaft für die Elternvertretung der allgemeinbildenden Schulen zu erreichen.

Als zukünftiges Beratungsthema für den Schulausschuss schlug **Herr Burkhart** die Richtlinien für Brandschutz in Schulen vor, da er eine Aktualisierung für notwendig halte.

## 6.2 Ganztagesgrundschule Stadtmitte (1. Lesung)

**Herr Mertens** wies zunächst auf die Antragsfrist 01.12.16 hin. Ein erstes Signal an die Landesschulbehörde müsse daher – so sei es mit der Landesschulbehörde vereinbart – bereits gesandt werden, damit dort die entsprechenden Vorbereitungen beginnen können.

**Herr König** stellte daraufhin das Konzept für den Ganztagesbetrieb an seiner Schule vor. Er gab an, dass bereits heute viele seiner SchülerInnen nachmittags fremduntergebracht seien und die Kinder vielfach einen klar strukturierten Nachmittag brauchen. Viele Eltern fragen schon (oft berufsbedingt) nach einem möglichen Ganztagesbetrieb. **Herr König** hob hervor, dass man mit dem Ganztagesbetrieb den Schulalltag kindgerechter einteilen könne. Zunächst wähle man die offene Form des Ganztages. Hinzu führte er aus, seien die Räumlichkeiten seines Schulstandortes sehr gut für den Ganzttag geeignet.

Auf Nachfrage von **Herrn Möhle** bestätigte **Herr König**, dass die Gesamtkonferenz sich in der nächsten Woche mit der nötigen Beschlussfassung beschäftige und dem Schulträger keine zusätzlichen Kosten durch den Ganztagesbetrieb entstehen, denn es seien keine baulichen Maßnahmen nötig.

Auf Nachfrage von **Frau Weinstock** machten die Ausschussmitglieder einstimmig deutlich, dass die Grundschule Stadtmitte vom Schulausschuss unterstützt wird.

### 6.3 Unterrichtsversorgung

**Herr Feist** teilte mit, dass auf Grund der Anweisung der Landesschulbehörde an die Schulleitungen, den Schulträger über die Unterrichtsversorgung nicht zu informieren, heute keine belastbaren Informationen vorliegen. Für **Frau Weinstock** ist klar, dass diese Thema weiterhin auf der Tagesordnung bleiben wird.

**Frau Theiß-Wessels** gab an, dass nach den ihr vorliegenden Hinweisen die Sprachlernklasse nur ein Übergangsmodell sein soll und alle Flüchtlingskinder abschließend in den Stammklassen unterrichtet werden sollen.

**Herr Möhle** ging auf das erfolgreiche Projekt „SuPrA-Klasse“ an der Oberschule Sande ein, an der SchülerInnen aus dem Landkreis Friesland und aus Wilhelmshaven beschult werden. Auch hier sei die ausreichende Versorgung mit Lehrkräften nicht mehr gewährleistet, weshalb man die nötigen Informationen hierzu von der Landesschulbehörde einfordern müsse. **Herr Feist** schlug im Hinblick auf die Ausschussneubildung vor, in der nächsten Sitzung das Projekt vorzustellen.

Von **Herrn Möhle** wurde ausgeführt, dass Lehrkräfte wohl nicht so gern nach Wilhelmshaven kommen würden. Er verwies auf die frühere Anregung, in Wilhelmshaven ein Studienseminar einzurichten. **Herr König** berichtete, dass sich bei der Landesschulbehörde Herr Dr. Drabent zwar dafür eingesetzt habe, sein diesbezüglicher Antrag aber abgelehnt worden sei. **Frau Theiß-Wessel** verwies auf die Attraktivität Wilhelmshavens und die Notwendigkeit, gerade junge Lehrkräfte nach Wilhelmshaven zu bekommen. **Herr Burkhart** machte sich für die intensive Werbung an den Studienseminaren für die hiesigen Schulen stark. **Herr Feist** schlug vor, in den Seminaren in Aurich und Oldenburg „Wilhelmshaven-Tage“ einzurichten und dabei Wilhelmshaven mit seinen Vorzügen vorzustellen. Er bot hierfür nach entsprechendem Auftrag die Umsetzung an. **Herr König** hielt dies für eine geeignete Maßnahme und bot seine Unterstützung an. **Herr Meisel** blickte auf die Abschaffung der Bezirksregierung zurück. Bis 2007/08 hätten sich die Lehrkräfte noch dort beworben und seien nach Bedarf auf alle Regionen des Landes verteilt worden. Dies geschehe nun nicht mehr, was eine bildungspolitische Katastrophe sei.

### 6.4 Verkehrssituation an den Schulen

**Herr Möhle** sah die Notwendigkeit, sich den Verkehrssituationen an den Schulen anzunehmen und fand Unterstützung bei **Frau Marxfeld**, welche von den bislang eingeleiteten Maßnahmen wie Polizeikontrollen und Elternbriefen berichtete. **Herr**

**Burkhart** gab an, dass man auch erfragen müsse, warum so viele Eltern ihre Kinder mit dem Pkw zur Schule bringen und schlug die Verlegung der Bushaltestellen näher zu den Schulen vor. **Herr Seidel** führte die schwierige Verkehrssituation an der Grundschule Rüstersiel zu den Bringe- und Abholzeiten auf. **Herr Feist** wies auf das Osnabrücker Modell der Sperrzonen hin, welches dort nicht unumstritten sei, aber die Verkehrssituationen entschärfe. Auf Wunsch könne dieses Modell im Ausschuss vorgestellt werden.

---

**B Nichtöffentlicher Teil**